

Pressemitteilung

Lahnstein, den 13. September 2011

Nr. 0/2011

Bundeskommunalwald-Kongress 2011

Ohne Wald keine Energiewende

Bürgermeister fordern neuen Typ „Nationalpark“

Schutz mit Holznutzung verbinden statt Einschränkung der Forstwirtschaft in den Wäldern

Die Wälder in Deutschland sollen vom Standort für Windräder über die Nutzung des Rohstoffes Holzes bis hin zur Erzeugung von Bioenergie eine tragende Rolle bei der Energiewende spielen, fordern Bürgermeister Wald besitzender Kommunen aus ganz Deutschland. Erforderlich ist ein Umdenken und eine neue „Vorwärtsstrategie“ in der nationalen Waldpolitik. Statt immer mehr Wälder stillzulegen und neue Nationalparke auszuweisen, in denen die Holznutzung Tabu ist, schlagen sie jetzt einen neuen Typ „Nationalpark“ vor. Sie fordern eine Erweiterung des gesetzlichen Nationalparkbegriffes dahingehend, dass - anders als bisher - zukünftig auch in Nationalparks eine naturverträgliche und umweltschonende Forstwirtschaft zugelassen wird, damit diese Wälder ihren wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Im Rahmen einer naturnahen Waldbewirtschaftung können die meisten ökologischen Ziele flächendeckend erreicht werden, so der Vorsitzende des Gemeinsamen Forstausschusses „Deutscher Kommunalwald“, Verbandsdirektor Winfried Manns (Mainz) anlässlich des Bundeskommunalwald-Kongresses 2011 in Koblenz-Lahnstein.

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.225
Telefax 030. 773 07.200

E-Mail: dstgb@dstgb.de
Homepage:
<http://www.dstgb.de>

ViSdP
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
Dr. Gerd Landsberg
Pressesprecher
Franz-Reinhard Habel

Auf dieser Tagung diskutierten vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe in Japan und der beschlossenen Energiewende rd. 200 Vertreter des Kommunalwaldes mit Fachexperten über die Frage „Welchen Wald braucht Deutschland in der Zukunft?“

Waldstilllegung schadet Energiewende

Ohne die forstliche Nutzung des Waldes drohe die Energiewende zu scheitern. Der von der EU, Teilen der Politik und des Umwelt- und Naturschutzes geforderte Totalschutz und „Null-Nutzung“ großer Waldgebiete schade dem Ziel, Deutschland soweit wie möglich von fossiler Energie abzukoppeln. So habe auch die EU-Kommission bereits in ihrem Grünbuch zum Waldschutz festgestellt, dass langfristig eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zur Erhaltung oder Verbesserung der CO₂-Speicherkapazität der Wälder und eine nachhaltige Produktion von Nutzholz, Holzwerkstoffen und Brennholz den größten Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ideologisch und politisch motivierte pauschale Stilllegungen der heimischen Wälder seien somit weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll.

Natur- und Klimaschutz durch Waldnutzung

In Deutschland müsse wieder ein Gefühl dafür entstehen, dass in den Wäldern hohe Werte wachsen, deren Nutzung zur Wertschöpfung beitrage und gleichzeitig der Naturschutz hiervon profitiere. So habe die traditionelle, weltweit vorbildliche deutsche Forstwirtschaft die heutigen wertvollen Waldökosysteme geschaffen, über die der Naturschutz nun vielerorts eine Käseglocke stülpen wolle.

In Zeiten knapper Energie- und auch Geldressourcen und der Verschuldung öffentlicher Haushalte ständen zudem zukünftig immer weniger Transferleistungen zum Schutz und der Weiterentwicklung der Wälder zur Verfügung. Umso mehr seien die Forstbetriebe auf Einnahmen aus dem Holzverkauf angewiesen, um überhaupt noch Naturschutzmaßnahmen im Walde finanzieren zu können. Warum die Gelder für den Naturschutz also nicht durch die schonende, naturverträgliche Nutzung des Waldes verdienen?

Hier setzten die kommunalen Vertreter auch wieder mehr auf die über Jahrhunderte gewachsene Innovationskraft der Forstwirtschaft. Dieser grünen Fachkompetenz könne anvertraut werden, neue Waldstrategien in Zeiten knapper Kassen nicht nur fachlich, sondern auch unter finanziellen und betriebswirtschaftlichen Aspekten intelligent zu lösen.

Internationale Verantwortung Deutschlands

Der Verzicht auf den wichtigen Rohstofflieferanten Wald sei auch mit Blick auf die internationale Verantwortung Deutschlands und der prognostizierten Holzlücke problematisch. EU-weit zeichne sich bereits heute bis zum Jahr 2020 eine Unterversorgung bis zu 400 Millionen, in Deutschland bis zu 20 Millionen Kubikmeter Holz ab. Das Holz, das die Waldbesitzer im Rahmen der schonenden Pflege ihrer Wälder nicht mehr nutzen dürften, müsste dann in anderen Ländern mit oftmals katastrophalen Folgen für die Umwelt und das Klima eingeschlagen werden. Mit einer stärkeren Nutzung der heimischen Wälder könnten die Waldbesitzer einen aktiven Beitrag zur Entlastung der Wälder in anderen Teilen der Welt leisten, wo nachhaltige Waldbewirtschaftung nicht immer sichergestellt sei.

Energiewende: Waldbesitzer mit ins Boot nehmen

Manns: „Die Forstwirtschaft in Deutschland hat unter Beweis gestellt, dass nachhaltige Holznutzung und Umweltschutz kein Widerspruch sind, sondern eine Symbiose. Deshalb darf die Energiewende am Wald, der mit Abstand stärksten Ressource als nachwachsende Rohstoff- und Energiequelle, nicht enden. In Deutschland werden deshalb umweltbewusste Kommunen auch zukünftig bei kommunalen Bauprojekten und der Energieerzeugung auf Holz setzen. Damit wollen die rund 11.500 Wald besitzenden Städte und Gemeinden ihren wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, zur Versorgungssicherheit, zur lokalen Wertschöpfung und Beschäftigung und insbesondere zur Stärkung des ländlichen Raumes leisten.“ Es würde der Politik und dem Wald Schaden zufügen, die Waldbesitzer jetzt als Akteure und Träger der Energiewende nicht mit ins Boot zu nehmen.“

Was die neue „Vorwärtsstrategie“ für den Wald und den Dialog mit der Naturschutzseite anbelange, sei der Kommunalwald zuversichtlich. Gemeinsam mit dem NABU habe man bereits ein Projekt „Zukunftsfähiger Kommunalwald“ auf den Weg gebracht. Hier werde man sich in Fachgespräche den aktuellen Herausforderungen stellen und innovative Lösungen entwickeln.

Weitere Informationen:

Ute Kreienmeier, Referatsleiterin Kommunalwald, DStGB

Tel.: 0228 – 95 96 227

Handy: 0171 – 95 33 684